

**Unsoziale Pläne zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer umgehend stoppen I** (Plenarsitzung vom 25.02.2011)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Sagel.

*(Zuruf von der LINKEN: Der ist gar nicht da! – Zuruf von der SPD: Der ist noch in Münster! – Heiterkeit – Zuruf: Da kommt er! – Rüdiger Sagel [LINKE] betritt den Plenarsaal und tritt ans Rednerpult. – Sören Link [SPD]: Das hättest du auch zu Protokoll geben können! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Auf Zuruf erscheint der Abgeordnete Sagel!)*

Herr Abgeordneter, bitte schön.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Es ging etwas schneller, als ich gedacht hatte.

Wir von der Linken haben sehr deutlich gemacht, dass wir für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sind, und zwar von 3,5 % auf 5 %. Das haben wir schon in der Haushaltsdebatte deutlich gemacht. Das würde eine Erhöhung um 450 Millionen € bedeuten. Wir wollen natürlich auch, dass die Kommunen in entsprechender Höhe davon profitieren.

Wir haben gesagt, dass es dringend notwendig ist, dass wir die Einnahmenseite auch im Rahmen unserer Möglichkeiten in Nordrhein-Westfalen verbessern. Die wesentlichen Punkte – das wissen wir – passieren natürlich auf Bundesebene. Im Wesentlichen liegen die Kompetenzen für die Steuergesetzgebung in Berlin. Wir begrüßen es, dass die Landesregierung hier zumindest angekündigt hat, dass sie mit uns steuerliche Initiativen ergreifen will, dass wir zum Beispiel die Millionärssteuer einführen, dass wir in Deutschland einen höheren Spitzensteuersatz bekommen. Unter Kohl waren es noch 52 %, jetzt sind es nur noch 42 %. Das alles muss parallel dazu gemacht werden.

*(Beifall von der LINKEN)*

Die Grunderwerbsteuer – das ist ein wesentlicher Punkt – ist ein Mittel, das wir konkret hier in Nordrhein-Westfalen ergreifen können. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum sich CDU und FDP, wenn es um die Verbesserung der Einnahmenseite geht, wieder mal den Instrumenten, die wir in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung haben, widersetzen wollen.

*(Christian Weisbrich [CDU]: Weniger ausgeben sollt ihr!)*

– Weniger ausgeben? Aber, Herr Weisbrich, wir haben doch von Ihrer Seite in den letzten fünf Jahren erlebt, wie Sie dafür gesorgt haben, dass hier in Nordrhein-Westfalen weniger ausgegeben wird.

*(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)*

Sie haben jahrelang die Schulden erhöht, und zwar selbst in einer Situation, als wir deutlich mehr Steuereinnahmen, nämlich 4 Milliarden €, 5 Milliarden € – teilweise mehr, als wir in diesem Jahr erwarten können –, erzielt haben. Aber Sie haben nichts dafür getan. Ich fand es sehr gut, dass die Ministerpräsidentin Ihnen vorgerechnet hat,

*(Christian Weisbrich [CDU]: Die kann gar nicht rechnen!)*

wie die Situation hier in Nordrhein-Westfalen aussieht und welche Möglichkeiten es gibt, tatsächlich zu kürzen. Eines ist doch klar: Wir als Linke werden nicht dafür bereitstehen, das Land kaputtzusparen. Das ist mit uns nicht machbar; das haben wir sehr deutlich gesagt.

*(Beifall von der LINKEN)*

Das, was wir im Augenblick von CDU und FDP erleben, ist alles nur eine Abwehrschlacht. Sie wollen in keiner Weise dazu beitragen, dass sich die Einnahmenseite verbessert. Sie machen auch keinen konkreten Vorschlag, wie gespart werden kann. Sie reden immer nur allgemein vom Sparen, machen aber keinen einzigen Vorschlag, an welcher Stelle gespart werden soll. Wo wollen Sie denn sparen? Beim Personal? Wollen Sie Lehrerinnen und Lehrer entlassen? Wollen Sie Polizeibeamte entlassen? Das kann es doch wohl nicht sein. Das widerspräche auch dem, was Sie hier jahrelang selber gemacht haben. Jetzt, in der Opposition, tun Sie so, als könne man sparen. Aber in Wirklichkeit ist es nicht so.

Wir sagen sehr deutlich: Wir wollen die Einnahmenseite verbessern. Neben der Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist eine unserer wesentlichen Forderungen, dass wir mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer in Nordrhein-Westfalen bekommen. Unser Ziel, das wir sehr klar formuliert haben, ist, in diesem Bereich sehr deutlich etwas zu tun, damit die Steuern, die in Nordrhein-Westfalen gezahlt werden müssen, tatsächlich erhoben und eingenommen werden und so die

Einnahmenseite verbessert wird.

Das sind aus unserer Sicht die wesentlichen Punkte, die in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden müssen. An der Stelle verweigert sich die Opposition. Sie stellen wie heute in der Aktuellen Stunde solche Themen zur Diskussion, haben aber überhaupt keine Vorschläge, sondern führen hier eine reine Abwehrschlacht. Ich kann Ihnen nur sagen: Auf diese Art und Weise kann man hier keine Politik machen, schon gar nicht seriös.

*(Beifall von der LINKEN)*

Ich bin sehr gespannt darauf, wie das Urteil des Verfassungsgerichts in Münster lauten wird. Sie haben in den letzten Jahren nichts in der Richtung getan, irgendwelche konkreten Schritte zu machen, obwohl Sie immer von Haushaltskonsolidierung geredet haben. Im Gegenteil: Sie haben die Verschuldung des Landes um 23 Milliarden € erhöht. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung steht eine Verschuldung von jährlich 6,6 Milliarden €. Das haben Sie hier damals vorgelegt. Das hätte dazu geführt, dass wir im Jahr 2013 150 Milliarden € Schulden gehabt hätten. Das war Ihre mittelfristige Finanzplanung. Das war – wie Sie das in Ihrer Logik darstellen – verfassungswidrig. Nach unserer Logik ist es natürlich nicht so, weil wir sagen: Wir haben weiterhin eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Aber nach Ihrer Logik ist das genau das Gegenteil. Sie kritisieren hier alles. Von daher bin ich sehr gespannt, welche Vorschläge Sie in den Haushaltsberatungen machen. Wir sagen ganz klipp und klar: Wir wollen die Grunderwerbsteuer erhöhen. Das bringt etwas für das Land und die Kommunen. Dann können wir endlich wieder für mehr soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen sorgen. – Danke schön.

*(Beifall von der LINKEN)*

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.